Thorner Presse.

Abonnementspreis
für Thorn und Vorstädte frei ins Haus: vierteljährlich 2 Mark, monatlich 67 Pfennig pränumerando;
für auswärts frei per Post: bei allen Kaiserl. Postanstalten vierteljährl. 2 Mark.
Ausgabe
täglich 6½ Uhr abends mit Ausschluß der Sonn- und Feiertage.

Redaktion und Expedition:
Katharinenstr. 1.
Fernsprech-Anschluß Nr. 57.

Insertionspreis
für die Spaltzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Inserate werden angenommen in der Expedition Thorn Katharinenstr. 1, Annoncen-Expedition „Invalidendank“ in Berlin, Haasenstein u. Vogler in Berlin und Königsberg, M. Dukes in Wien, sowie von allen anderen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Annahme der Inserate für die nächstfolgende Nummer bis 1 Uhr mittags.

Nro. 17. **Freitag den 20. Januar 1893.** **XI. Jahrg.**

Politische Tagesschau.

Verschiedenen Blättern wird berichtet: „Am Montag Abend sah der Kaiser eine kleine Gesellschaft zum Essen bei sich, zu welcher auch die Geheimen Räthe Krupp und Freiherr von Stumm gehörten. Mit beiden unterhielt sich der Kaiser eingehend. Es liegt auf der Hand, daß der Ausstand der Bergleute im Saarrevier den Hauptgegenstand der Besprechung bildete In parlamentarischen Kreisen wird behauptet, daß es den beiden genannten Herren nicht gelungen sei, das Ohr des Kaisers für die im Reichstag geäußerten Ansichten des Abg. v. Stumm zu gewinnen. Vielmehr sollen die Auseinandersetzungen, die der Kaiser mit dem Handelsminister v. Berlepsch hatte, die Oberhand behalten haben und somit werden die Gegenströmungen erfolglos bleiben. Freilich kommt es dem Handelsminister von Berlepsch sehr zustatten, daß der Ausstand der Bergleute im Saarrevier nunmehr beendigt ist“.

Reichstag und preußisches Abgeordnetenhaus halten jetzt täglich lange Sitzungen; ersterer beendete am Dienstag die erste Berathung der Branntweinsteuernovelle, letzteres eröffnete die erste Lesung des Etats. Im allgemeinen bleibt die Stellung der Parteien zu den schwebenden Tagesfragen bis jetzt unverändert. Es gilt das namentlich auch betreffs der Militärvorlage, für welche von ihren Freunden fortgesetzt eifrig eingetreten wird, ohne daß ein wahrnehmbarer Erfolg diese Bemühungen zu krönen scheint. Auf der einen Seite steht die Regierung mit ihrem Stabe militärischer Sachverständiger und plädirt für die Annahme der gesammten Vorlage; auf der anderen stehen die parlamentarischen Wirthschafts- und Steuerpolitiker und erklären die Vorlage aus Rücksicht auf die schon jetzt bestehende materielle Ueberbürdung des Volkes für unannehmbar. Zwischen beiden Standpunkten fehlt die gemeinsame Berührungsstelle, die vor allen Dingen geschaffen werden muß, um eine Einigung zu ermöglichen.

Das Rekrutenkontingent soll nach der Militärvorlage um 60 000 Mann jährlich verstärkt werden. Nach einer auf die Anfrage des Abgeordneten Richter erfolgten amtlichen Mittheilung an die Militärkommission wird nach den Angaben der „Freis. Ztg.“ beabsichtigt, diese 60 000 Mann wie folgt auf die einzelnen Waffengattungen zu vertheilen: Kavallerie 250 Köpfe, Infanterie 40 700, Jäger 1080, fahrende Feldartillerie 8 500, Fußartillerie 3240, Pioniere 2400, Eisenbahntruppen und Luftschiffer 1050, Train zu dreijähriger Dienstzeit 750, zu halbjähriger Dienstzeit 80, Oekonomiehandwerker 1959. — Die Regierung hat dem Heeresausschuß weiteres Zahlenmaterial mitgetheilt. Danach betrug die Stärke des dritten Jahrganges bei den Fußtruppen am allgemeinen Entlassungstage 1892 für das gesammte deutsche Heer 57 362 Mann. Davon entfallen auf die Infanterie 44 702, auf die fahrende Feldartillerie 8415, auf die Fußartillerie 1994, auf die Pioniere 1284, die Eisenbahntruppe 452, die Luftschiffer 8 und den Train 507.

Fürst Bismarck zieht in den „Hamb. Nachrichten“ aus der Bedeutung, die Graf Caprivi in der Militärkommission schnellen ersten Erfolgen, kurzen Kriegen beigelegt hat, die Folgerung, daß wir besser thun, das Geld, was wir überhaupt noch auf weitere Rüstungen verwenden können, auf mehr Offiziere, mehr Unteroffiziere, Korpsverbände, mehr Kanonen und mehr Pferde im Friedensbestande zu verwenden als auf eine 24 Jahre in Aussicht zu nehmende Vermehrung der Kopfzahl.

Der königliche Kammerherr V. Graf v. Lüttichau hat der „Kreuzzeitung“ ein Schreiben zugehen lassen, woraus wir nachstehenden Passus als Beitrag zur „Geschichte der Emser Depesche“ wiedergeben: „Durch das Wohlwollen Seiner Excellenz des seligen Feldmarschalls Herwarth von Bittenfeld, — damaligen kommandirenden Generals des 8. Korps, war es meiner Frau und mir, der ich damals als Premierlieutenant in Koblenz stand, vergönnt, in unmittelbarer Nähe der allerhöchsten Herrschaften zu stehen, allerhöchstwelche über die Emser Vorfälle mit Excellenz von Herwarth sprachen. Beim Aufbruche — ich glaube es war zur Abfahrt mit dem Zuge gegen 6½ Uhr nachmittags — reichten Seine Majestät Excellenz v. Herwarth tiefbewegt, aber augenscheinlich fest entschlossen mit folgenden Worten die Hand: „Herwarth!!! — Sie werden mit Mir zufrieden sein!! (Das Wort „zufrieden“ stark betonend). Auf dem Felde der Ehre sehen wir Uns wieder!!!“ Dieselben Worte sollen Seine Majestät Seiner Excellenz noch einmal — bei dem Einsteigen in den Zug — wiederholt haben, doch dies letztere weiß ich nicht bestimmt. Die Wörtlichkeit dieses allerhöchsten Abschiedsgrußes bei dem Aufbruche aus dem Konzerte bin ich bereit zeugeneidlich zu erhärten“.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlicht eine vollständige Uebersicht der deutschen Getreide-Einfuhr und -Ausfuhr des Jahres 1891/92, um nachzuweisen, wie Deutschland seinen Mehrbedarf an Getreide gedeckt und sich mehr und mehr von Rußland unabhängig gemacht hat.

Sämmtliche Angeklagten in dem Panamaprozeß, Ferdinand Lesseps mit einbegriffen, sind gerichtlich verurtheilt worden. Der Generalstaatsanwalt erhob in seinem Plaidoyer gegen den „großen Franzosen“, Ferdinand von Lesseps, den Vorwurf, daß er seit Beginn des Panama-Unternehmens mit dem Gelde der Gesellschaft verschwenderisch umgegangen sei und daß er betrügerische Machenschaften angewandt habe, um zur Zeichnung von Obligationen zu verlocken. Ferner wies der Generalstaatsanwalt darauf hin, daß aus dem Gesellschaftsfonds 600 Millionen Franks (!) vergeudet worden seien; namentlich hätte Eiffel enorme Vortheile aus den Geschäften gezogen.

Der schwedische Reichstag ist am Montag wieder zusammengetreten. Der König ernannte den Staatsrath von Ehrenheim zum Präsidenten der ersten Kammer und den Chefredakteur des „Sydsvenska Dagbladet“, Dr. Herslow, zum Präsidenten der zweiten Kammer.

Rußland wird auf der Weltausstellung in Chicago auch ziemlich stark vertreten sein. Bisher haben sich 443 russische Aussteller gemeldet. Unter anderem werden die Fischhändler des Schwarzen und Asow'schen Meeres sich sehr rege an der Weltausstellung betheiligen. Die Regierung wird ein Geschwader von drei Kriegsschiffen nach Chicago entsenden, welches während der Zeit der Ausstellung dort liegen und vom Vice-Admiral Kasnakow kommandirt werden wird.

Die Aufregung in Kairo und den egyptischen Provinzen dauert fort. Der englische Gesandte Cromer stattete am Montag dem Khedive einen Besuch ab, bei dem er erklärte, England erwarte bei allen wichtigen Schritten des Khedive, namentlich bei einem Ministerwechsel, zu Rathe gezogen zu werden. Es könne England die Ernennung Fakhvis zum Premierminister unter keinen Umständen gut heißen. Cromer wird heute den Khedive in dieser Angelegenheit noch einmal besuchen. Aus Kairo wird nun gemeldet, daß der englische Gesandte Cromer dem Khedive ein Ultimatum gestellt habe, binnen 24 Stunden die Ministerernennungen zurückzuziehen. Auf Bestehen des Khedive hätte Fakhvi (der neu ernannte Ministerpräsident) seine Demission gegeben. — Damit würde England ja das Gewünschte erreicht haben.

Mit Marokko ist England dagegen immer noch nicht auseinander. Es hat zwar der Sultan von Marokko 1000 Pfund als Schadenersatz für die Ermordung des englischen Unterthanen Trimidat zugestanden, jedoch ist diese Antwort für die Engländer noch nicht befriedigend, da der Sultan der Forderung Englands, dem marokkanischen Minister des Auswärtigen wegen seines Verhaltens seine Mißbilligung auszusprechen, keine Erwähnung gethan habe.

Der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Hayes, ist an einem Herzleiden gestorben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

17. Sitzung vom 18. Januar 1893.

Das Haus setzt die erste Berathung des Etats fort.

Abg. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (freikons.) hält die Schilderung der Finanzlage durch den Abg. Kieschke für zu schwarz. Zutreffend sei nur, daß wir auf der Grundlage schwankender Einnahmen zu viel dauernde Ausgaben gegründet hätten. Zu einer Besserung der Finanzlage würden wir nur kommen, wenn wir eine größe finanzielle Unabhängigkeit vom Reich erlangten durch die Ernennung eines selbständigen Reichsfinanzministers. Die Kosten zur Durchführung der Militärvorlage müßten bewilligt werden, denn es handle sich um die erste Existenzbedingung des Reiches. Bei dem Abschluß von Handelsverträgen müsse die Landwirthschaft berücksichtigt werden, so namentlich gegenwärtig bei den Unterhandlungen mit Rußland. Angesichts der Haltung der Bergarbeiter sei zu erwägen, ob die Position „zur Förderung von Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen“ nicht zu streichen sei bis zu einer gelegneren Zeit.

Abg. v. Czarlinski (Pole) klagt, daß die polnische Presse gemaßregelt und die polnische Sprache unterdrückt werde.

Abg. Dr. Hammacher (natlib.) führt aus, die Staatsbahnen sollten, wie feierlich verkündet worden, keine Finanzquelle sein. Heute entnehmen wir aber dieser Quelle bereits 100 Millionen zur Deckung von Staatsbedürfnissen. Mit der Ernennung eines Reichsfinanzministers könnte er nur einverstanden sein. Wir könnten uns nur Glück dazu wünschen, daß ein so hervorragender Mann, wie der gegenwärtige Finanzminister, an der Spitze unserer Finanzverwaltung stehe, dem es hoffentlich gelingen werde, unsere Finanzlage zu sichern.

Abg. Rickert (freis.) kann diese Schwärmerei für den Finanzminister nicht theilen, da er der Rechten mehr Konzessionen gemacht habe, als ein Minister vor ihm. Der Finanzminister habe sich noch immer nicht entschließen können, dem Parlament die Bewilligung der Ausgaben zu übertragen in Gestalt der Quotisirung der Steuern. Redner tritt für einen Vertrag mit Rußland ein.

Finanzminister Dr. Miquel erwidert Rickert, dieser wolle keine Mehreinnahmen bewilligen, er protestire gegen Erhöhung der Betriebsüberschüsse, verlange aber Mehrausgaben für Bildungszwecke. Das sei ein Programm, das ein Minister allerdings nicht ausführen könne. Inbetreff der Frage einer Personalunion für das Reichsschatzamt und das preußische Finanzministerium wolle er keinen Zweifel darüber lassen, daß ihm persönlich dieses Projekt nicht gefalle. Daß die Eisenbahnen nicht zur Erzielung höherer Einnahmen herangezogen werden dürften, sehe er nicht ein. Die Gemeinden entnähmen aus ihren Verkehrsanlagen auch

---

Brandkäthe.

Aus den Papieren eines Dorfschulmeisters. Von A. Linden.

(Nachdruck verboten).

(19. Fortsetzung.)

Wir trugen den Mann in die Stube und setzten ihn in den Lehnstuhl, Käthe war allein bei uns, ihr Vater und der Knabe schliefen in der Kammer nebenan, Martha auf dem Boden.

In dem Augenblick, als Hermann sich umwandte, um nach dem Dorf zu eilen, schlug der Verwundete die Augen auf; seine Blicke fielen auf Käthe, die sich über ihn gebeugt hatte, da sprang der Mann plötzlich mit Anstrengung aller seiner Kräfte auf, ergriff das Mädchen am Arm und schrie laut:

„Haltet sie fest, haltet sie fest, sie ist es!“

Kaum aber hatte er die Worte hervorgestoßen, so sank er ohnmächtig zurück, die Aufregung hatte seine Kraft doch zu sehr erschöpft.

„Was will er? Er ist wohl irr oder redet im Fieber?“ fragte Käthe angstvoll.

Niemand von uns beiden antwortete ihr. Der Ausdruck von Hermanns Gesicht war hart und kalt geworden, und seine Blicke ruhten auf dem Mädchen in zorniger Verachtung. Ich erkannte an allem, daß auch er denselben Verdacht wie ich hegte und ihn durch des Grenzaufsehers Worte bestätigt fand.

„Bleiben Sie hier,“ wandte er sich an mich, „ich gehe zum Dorfe, um Hilfe zu holen, in einer Viertelstunde bin ich zurück.“

„Käthe,“ sagte ich leise, als Hermanns Schritte draußen verhallt waren, „ich bitte Sie, fliehen Sie, ehe der Mann hier wieder erwacht. Für die Ihrigen werde ich sorgen, ich will Frau Bell bitten, eine Pflegerin für Ihren Vater und Ihren Bruder zu suchen, und hier, nehmen Sie das, es reicht aus zur Eisenbahnfahrt bis nach S. Sort sind Sie außer Landes und müssen dann drüben sich einen Dienst suchen. Aber eilen Sie! Eilen Sie! O, wie konnten Sie nur sich zu solchen Dingen verleiten lassen!“

Sie hatte starr und verständnißlos meinen hastig gemurmelten Worten gelauscht; scheu und noch mehr erbleichend wich sie zurück, als ich ihr das Geld anbot, was ich noch in meiner Tasche fand.

„Ich weiß nicht, was Sie meinen, ich verstehe Sie nicht!“ stammelte sie verwirrt.

„O, verstellen Sie sich nicht mir gegenüber, ich durchschaue ja doch alles! Sie haben jetzt auch keine Zeit mehr zum Leugnen, das Zeugniß dieses Mannes, seine lebensgefährliche Verwundung kann Sie zeitlebens unglücklich machen, sein Wort wiegt schwer genug, wenn auch ich und Hermann schweigen.“

„Aber ich begreife es noch nicht! Was wollen Sie damit sagen, daß sein Zeugniß mich unglücklich machen könne. Sie hörten doch, daß er irre redete, als er soeben sprach! Ich weiß nichts von seiner Verwundung. Ich habe doch nichts anderes gethan, als daß ich den Hermann warnen wollte und es Ihnen sagte, weil Sie mich frugen und sich erboten, selbst dem Hermann entgegenzugehen. Das hat doch mit dem armen Manne da nichts zu thun. Ich weiß doch nicht, wer ihn geschossen hat!“ rief sie aufgeregt. „Warum soll ich denn nun fliehen?“

„Käthe,“ sagte ich streng und ernst. „Was thaten Sie dann in der Nacht da oben auf der Heide? Wer war der Mann, der mit Ihnen kam, und was trugen Sie zusammen? Wer von Ihnen hat geschossen?“

Sie strich sich mit der Hand über die Stirn.

„Herr Lehrer, es ist mir, als ob Sie träumen oder ich! Alles, was Sie da sagen, ist mir dunkel, ich weiß nichts von einem Manne, der mit mir kam, ich habe nichts getragen, und weiß nicht, wer geschossen hat.“

„Käthe, sagen Sie mir nur das eine: Was thaten Sie draußen? Wie kam es, daß Sie wußten, daß die Burschen dort im Wiesengrund auf Hermann Reinberg warteten. Schwerer Verdacht liegt auf Ihnen, wenn Sie sich rechtfertigen könnten, ich würde glücklich darüber sein!“

„Was für ein Verdacht? Daß ich den Mann dort ermordet haben sollt', das wird doch kein Mensch im Ernst von mir denken! Die Leut' im Dorf machen wohl allerlei einfältig Geschwätz über mich, erst hab' ich mich darübrr geärgert und geweint, wohl in mancher Nacht, nachher bin ich's gewohnt geworden, und jetzt lach' ich darüber. Was soll ich denn nun gethan haben? Oder meinen Sie, daß ich geschmuggelt hätt' und darum mit dem Grenzaufseher in Streit gerathen wär'?“ fügte sie trotzig hinzu; „das wär' zum Lachen, wenn einem das Lachen nicht vergehen sollt' neben dem armen Menschen da.“

„So antworten Sie mir doch auf meine Frage!“

„Ja, was ich dort oben that, darüber bin ich keinem Menschen Rechenschaft schuldig!“ sie warf den Kopf zurück und schwieg einen Augenblick, dann wandte sie sich zu mir und sagte leise: „Sie meinen's gut mit mir, das fühl' ich; darum will ich Ihnen sagen, was ich sonst keinem andern Menschen sagen möcht'! Ich sah heute Nachmittag den Hermann vorbeireiten und wußte auch von ihm selber, daß er nach Ellingen wollte. Am Abend ging auch der Heinz und der Christian und noch zwei andere denselben Weg. Ich stand am Fenster und der Heinz konnt's nicht lassen, er drehte sich nach mir um und rief: „Willst nicht mit, Brandkäth'? Wir gehen Deinem Liebsten entgegen!“ Sie brach ab und schaltete verlegen ein: „so sagte er, ich kann nicht dafür, daß sie dem Hermann das Gered' mit mir gemacht haben — da merkt' ich wohl, was sie vor hatten und es ließ mir keine Ruh'! Die Angst hob mich auf, wenn sie den Hermann überfielen, und es ein Unglück gab, so war es ja um meinetwillen! Sollte er durch mich ins Unglück kommen, lieber wollt' ich selbst doch alles tragen und leiden, als daß es ihn treffen sollte; an mir ist doch nicht viel gelegen, er aber ist so gut und so schön und alle Leute ehren ihn und haben ihn lieb. Daß diese Burschen ihm Böses thun wollten, war ja auch durch mich gekommen.

(Fortsetzung folgt.)

recht bedeutende Einnahmen. Der Minister führt zum Schluß aus, daß kein Grund zur pessimistischen Auffassung unserer Finanzlage vorhanden sei.

Abg. v. Eynern (natlib.) tritt letzteren Ausführungen des Finanzministers bei und befürwortet sodann eine Erhöhung der Personentarife auf den Staatsbahnen. Die Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen hätten nach seiner Meinung schlechte Früchte getragen, wie wir in Saarbrücken sähen. Redner bittet sodann die Eisenbahnverwaltung, ihr Material und ihre Kohlen nicht vorzugsweise aus dem Auslande zu beziehen. Dadurch könnte sie viel zur Besserung der Wirthschaftslage beitragen.

Die erste Lesung wird geschlossen.

Die üblichen Theile des Etats gehen an die Budgetkommission, welche für die Berathung des Eisenbahnetats um sieben Mitglieder verstärkt wird.

Donnerstag: Antrag Graf Kanitz (deutschkons.), betr. Erweiterung des preußischen Staatsbahnnetzes, zweite Etatsberathung.

Deutscher Reichstag.

24. Sitzung vom 18. Januar 1893.

Auf der Tagesordnung stehen die Anträge Ackermanns und des Centrums, betr. gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Handwerkerstandes.

Die Abgg. Ackermann, Dr. Hartmann und Dr. Kropatscheck (deutschkons.) beantragen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage alsbald Gesetze vorzulegen, durch welche der Befähigungsnachweis für den selbständigen Betrieb eines Handwerks eingeführt wird u. s. w. Die Anträge des Centrums dagegen haben die Form von Gesetzentwürfen, welche die Abänderung der Konkursordnung, des Genossenschaftsgesetzes und der Gewerbeordnung fordern.

Zunächst werden diejenigen Punkte des Antrags Ackermann diskutirt, welche in den Centrumsanträgen nicht enthalten sind. Es sind dies Einführung des Befähigungsnachweises, Ausdehnung der Kompetenz der Innungen auf die Arbeitgeber, welche selbst zur Aufnahme in die Innung nicht fähig sind, rücksichtlich der Vorrechte aus § 100e der Gewerbeordnung, und Gewährung der Innungsvorrechte aus den §§ 100e und 100f an Innungen, welche die Mehrheit der selbständigen Handwerker ihrer Bezirke in sich vereinigen.

Abg. Ackermann (deutschkons.) begründet diesen Theil seiner Anträge. Seit 20 Jahren seien er und seine Freunde bemüht, gesetzgeberische Maßnahmen zur Hebung des Handwerks, zur Erhaltung des Mittelstandes, dieser so wichtigen Stütze unseres Staates, durchzusetzen. Sie würden in diesem Kampfe auch in Zukunft nicht erlahmen. Hinsichtlich des Befähigungsnachweises würde er auch bereit sein, auf Vermittelungsanträge einzugehen. Wo ein öffentliches Interesse in Betracht komme, wie bei den Bauhandwerkern, sollte jedoch der Befähigungsnachweis unbedingt eingeführt werden. Durch den zweiten Punkt seines Antrages werde eine Unzuträglichkeit beseitigt, die niemand gewollt habe, und die auf eine Bevorrechtung der zu einer Aufnahme in eine Innung nicht Befähigten gegenüber denen hinauslaufe, die wohl zur Aufnahme befähigt sind, aber nicht eintreten. Der letzte Punkt beabsichtige die Voraussetzungen festzusetzen, unter denen die Ertheilung der vorgesehenen Vorrechte an die Innungen erfolgen muß, während jetzt diese Ertheilung in das Ermessen von Behörden gelegt ist, die nicht immer sehr innungsfreundlich seien.

Abg. Stolle (Soz.) meint, mit dem Befähigungsnachweis seien in Oesterreich keine guten Erfahrungen gemacht worden. Die Lehrlingsausbildung werde durch die Innungen nicht gefördert. Im Königreich Sachsen habe nur die Energie der Sozialdemokraten den Ansturm der Zuchtmeister gegen die obligatorische Fortbildungsschule abgeschlagen.

Abg. Metzner (Centrum) erwidert, die österreichischen Innungen beurtheilten die Wirkungen des Befähigungsnachweises anders als Stolle. Es handle sich hier um eine Lebensfrage des Mittelstandes: „Artige Kinder bekommen nichts", habe einmal Fürst Bismarck gesagt; der Handwerkerstand sei immer ruhig und „artig" gewesen, deshalb habe er auch nichts bekommen. Auch jetzt scheine nach diesem Prinzip gehandelt zu werden. Lasse man aber den Mittelstand zu Grunde gehen, so werde die Regierung der Hauptleidtragende sein.

Abg. Schrader (freis.) führt aus, der Befähigungsnachweis würde viele intelligente Elemente vom Handwerk fernhalten, die keine Neigung hätten, jahrelang Lehrlinge zu bleiben.

Abg. v. Komierowski (Pole) befürwortet den Befähigungsnachweis.

Abg. Hitze (Centrum) weist darauf hin, daß die Staatsregierung selbst in ihren Betrieben die Prinzipien des Befähigungsnachweises angewandt habe. In den fiskalischen Bergwerken könne ein Bergmann erst mit dem 24. Lebensjahre Vorhauer werden, nachdem er erst als Schlepper und dann als Lehrhauer gearbeitet.

Abg. Dr. Hirsch (freis.) meint, beim Bergbau lägen die Verhältnisse ganz anders, da handle es sich um Leben und Gesundheit der ganzen Belegschaft. Der Befähigungsnachweis beraube eine zahlreiche Klasse von Menschen der Möglichkeit, sich selbständig zu machen.

Nachdem Abg. Bock (Soz.) noch den Antrag bekämpft hat, widerlegt Abg. Ackermann (deutschkons.) die Stolle'sche Behauptung, daß die Erhaltung der Fortbildungsschule in Sachsen den Sozialdemokraten zu danken sei. Die Fortbildungsschule sei unter Mitwirkung der konservativen Partei eingeführt und aufrecht erhalten worden.

Die Anträge Ackermann, soweit dieselben zur Berathung gestanden, werden hierauf mit den Stimmen der Rechten und des Centrums angenommen.

Donnerstag: Stempelsteuer-Novelle. (Verdoppelung der Börsensteuer).

Deutsches Reich.

Berlin, 18. Januar 1893.

— Se. Majestät der Kaiser hörte heute Vormittag den Vortrag des Chefs des Civilkabinets, empfing sodann den Fürsten Stolberg und hatte hierauf mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Freiherrn Marschall von Bieberstein eine Besprechung — Gestern Abend um 7 Uhr fand ein Diner der Ritter des hohen Ordens vom Schwarzen Adler im königlichen Schlosse statt.

— Bei den Kaiserlichen Majestäten findet am Freitag, den 20. d. M. im Weißen Saal des königlichen Schlosses eine größere Ballfestlichkeit statt, zu der die Einladungen bereits ergangen sind. Die Damen erscheinen in langen ausgeschnittenen Kleidern mit hellen Glacehandschuhen, die Herren vom Civil in Gala mit weißen Unterkleidern (Kniehosen, Schuhe und Strümpfe), die Herren vom Militär im Hofball-Anzuge. Diejenigen Herren, welche zur Anlegung einer Uniform nicht berechtigt sind und demnach früher im schwarzen Frack und weißer Kravatte erschienen, haben nunmehr die Befugniß, das vorgeschriebene Hofkleid zu tragen.

— Der König von Dänemark hat seinen angekündigten Besuch am Berliner Hof aufgegeben, da alle Häfen durch Eis geschlossen sind. Ein Zusammenhang mit den angeblichen Aeußerungen Caprivis über Dänemark wird bestritten.

— Zu den Vermählungsfeierlichkeiten treffen folgende Fürstlichkeiten hier ein: Die Könige von Sachsen und Dänemark, der Großfürst und Thronfolger von Rußland, die Großherzöge von Baden, Hessen und Sachsen, die Herzöge von Edinburg, Cambridge und Connaught, der Erbgroßherzog von Sachsen und die Prinzen Adolf zu Schaumburg-Lippe und Albert zu Schleswig-Holstein. Zum Ehrendienst beim russischen Thronfolger sind Generalstabschef Graf von Schlieffen und Oberst Freiherr von Bülow kommandirt.

— Am Stiftungstage des Schwarzen Adlerordens, dem Dienstag, waren es nur fürstliche Ritter, welche durch den Kaiser als Souverain und Oberhaupt des Ordens die Investitur erhielten: Prinz Friedrich Heinrich von Preußen, ältester Sohn des Prinzen Albrecht, Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg, der Bruder der Kaiserin, Landgraf Alexander Friedrich von Hessen, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg und Prinz Friedrich Karl von Hessen, Bruder des Landgrafen und Bräutigam der Prinzessin Margarete. Zu dieser Feierlichkeit war der höchste Hofglanz entfaltet, der sich sowohl durch die große Galaauffahrt kennzeichnete, wie durch die Pracht im Innern des Schlosses.

— Aus Petersburg wird der „Allg. R.-Korr." mitgetheilt, daß der Großfürst-Thronfolger als Hochzeitsgeschenk für die Prinzeß Margarete hervorragende Erzeugnisse russischer Goldschmiedekunst mitbringt. Ein Diadem in national-russischem Geschmack aus Diamanten und Perlen, sowie ein Theeservice in Altsilber sollen dabei die erste Rolle einnehmen.

— Beim Ministerpräsidenten Grafen zu Eulenburg findet heute Abend ein Diner statt, zu welchem u. a. die Botschafter Frankreichs und Rußlands geladen sind. Ferner nehmen daran Theil der Unterstaatssekretär von Rotenhan, Fürst Anton Radziwill, General von Versen, General von Hahnke, der Wirkl. Geh. Legationsrath von Kiderlen-Wächter u. s. w. nebst Damen.

— Wie die Blätter meldeten, soll der Kaiser bei Besichtigung des neuen Begas'schen Entwurfes zum Nationaldenkmal für Kaiser Wilhelm I. sich mißfällig über ein angebrachtes Symbol geäußert haben. Dasselbe soll die Verfassung darstellen und enthält als Hauptstück die Wahlurne, statt deren habe der Kaiser einen Kelch zu sehen gewünscht. Diese Nachrichten entsprechen, wie das „Berl. Tagebl." und der „Börsen-Courier" an „zuständiger Stelle" erfahren haben wollen, in keiner Hinsicht der Thatsachen. Der Kaiser habe über jenes Emblem nichts geäußert, ganz besonders keine Aenderungen desselben gewünscht.

— Dem „Berl. Tagebl." wird aus Hamburg gemeldet: Die Nachrichten von einem Rücktrittsgesuche des Grafen Waldersee sind unbegründet.

— In der preußischen Armee werden, wie das Militär-Wochenblatt meldet, das fünfzigjährige Dienstjubiläum begehen: General der Infanterie Freiherr v. Meerscheidt-Hüllessem, kommandirender General des Gardekorps, am 21. März 1893 General der Kavallerie-General-Adjutant des Kaisers v. Rauch I., Präses der General-Ordens-Kommission, am 24. Mai 1893. In der bayerischen Armee werden das fünfzigjährige Dienstjubiläum begehen: General der Infanterie v. Parseval, kommandirender General des 2. bayerischen Armeekorps, am 16. August 1893, Generallieutenant v. Staudt, Chef des Generalstabes der bayerischen Armee, am 1. März 1893, Generalmajor Freiherr von Hertling, Sekondelieutenant der Leibgarde der Hartschiere, am 20. August 1893. In dem 12. (königlich-sächsischen) Armeekorps wird, wie bereits gemeldet, der König Albert sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum begehen. In dem 13. (württembergischen) Armeekorps findet im Laufe des Jahres 1893 eine Feier von DienstJubiläum nicht statt.

— Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung des Bundesraths stehen die Ausschußvorschläge über die geschäftliche Behandlung der geheim zu behandelnden Aktenstücke (veranlaßt durch die seiner Zeit in der „Köln. Ztg." erfolgten vorzeitigen Veröffentlichung der Militärvorlage) und den Gesetzentwurf über die elektrischen Anlagen.

— In der Budgetkommission des Reichstages kam es zu sehr heftigen Auseinandersetzungen mit dem Staatssekretär des Reichspostamtes Stephan über die Maßregelung des Postassistenten-Verbandes und über die Dienstalterszulagen. Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die den Reichskanzler ersucht, das System der Alterszulagen für die Postbeamten einzuführen.

— Der Gesammtvorstand des Wahlvereins der deutschen Konservativen wird demnächst zu einer Sitzung einberufen werden, um sich über die vom Parteitage ihm überwiesenen Resolution schlüssig zu machen. In erster Linie steht dabei die Organisationsfrage.

— Der Reichstagsabg. Göser (Centr. 17. Württ. Wahlkreis) ist an der Lungenentzündung gestorben. Er war 1828 geboren und Stadtpfarrer in Saulgau.

— Eine Zuschrift Wildenbruchs an die „Nat.-Ztg." erklärt die Nachricht, daß er zur Bildung einer neuen politischen Partei aufgefordert worden, sei falsch, diese könne nur aus Mißverständniß entstanden sein.

— Wegen der gehässigen Kampfesweise der Gegner ist der Stadtrath Wecker von der Liegnitzer Kandidatur zurückgetreten. So melden die jüdischen Deutschfreisinnigen Blätter. Die „Schles. Morgen Ztg." führt demgegenüber aus: Bisher ist bekanntlich erst ein Gegner des Herrn Wecker, der Deutschsoziale Abgeordnete Liebermann von Sonnenberg, im Felde erschienen und das mit zwei Wahlreden, deren einer sogar das Freisinnige Hauptorgan des Kreises eine gewisse Anerkennung nicht zu versagen vermochte. Die obige Begründung ist also eine sehr windige. Die Freisinnigen haben vielmehr eingesehen, daß mit einem Wecker in Liegnitz-Goldberg-Haynau keine Lorbern zu holen sind. Dem Breslauer Freisinn mag Herr Wecker als Stadtrath ja genügen, im Liegnitzer Kreise aber stellen sogar die Freisinnigen größere Ansprüche. In der in Seiffersdorf abgehaltenen Versammlung ist Wecker abgefallen. Die Antisemiten traten ihm hier Aug' in Aug' gegenüber und Herr Wecker — warf die Flinte ins Korn. Aber darauf mußte er sich doch gefaßt machen, daß man nicht überall die Phrasen aus dem freisinnigen A-B-C-Buche unbesehen hinnehmen würde.

Breslau, 18 Januar. Wie aus Neustadt in Oberschlesien gemeldet wird, steht daselbst die große Franckel'sche Leindwandfabrik in Flammen. Das Etablissement ist abgesperrt.

Halle, 18. Januar. Durch das hygienische Institut sind heute in der Irrenanstalt von Nietleben 7 neue Fälle von Cholera asiatica festgestellt worden; insgesammt 14 Todte, 41 Erkrankungen.

Minden, 18. Januar. In einer unter dem Vorsitz des Freiherrn von Zitzewitz hier abgehaltenen konservativen Versammlung, in welcher die Abgg. Bock, v. d. Reck und Südmeier über den konservativen Parteitag berichteten, erklärte der Reichstagsabg. Bock, daß er bezüglich der Judenfrage scharfe Bestimmungen billige. In der zum Schluß angenommenen Resolution erklärte die Versammlung ihre volle Zustimmung zu dem konservativen Programm vom 8. Dezember v. J.

Hamburg, 17. Januar. Der Bürgerschaft ist ein Antrag des Senats auf die Nachbewilligung von 2 300 000 Mark für zentrale Sandfiltration zugegangen, da die ursprünglich bewilligten 6 725 000 Mark unausreichend seien.

Hamburg, 18. Januar. Heute sind bei drei weiteren Negern von der Besatzung der „Gretchen Bohlen" Cholerabazillen nachgewiesen worden.

Ausland.

Rom, 18. Januar. Der „Agenzia Stefani" zufolge ist bei einer von Seiten der Regierung vorgenommenen Revision der Bankfiliale in Neapel in der Kasse ein Fehlbetrag von $2^1/_2$ Millionen entdeckt worden. Der Kassirer ist verhaftet, gegen den flüchtig gewordenen Direktor der Bankfiliale ist ein Haftbefehl erlassen worden.

Paris, 17. Januar. Granier übersandte heute dem Deputirten Dupuy-Dutemps, welcher ihn beschuldigt hatte, Panamageld empfangen zu haben, seine Zeugen.

Petersburg, 17. Januar. Dem „Regierungsboten" zufolge sind dem Emir von Buchara, welcher hier eingetroffen ist, die Brillant-Insignien zu dem Alexander-Newski-Orden verliehen worden. Der Emir empfing gleichzeitig ein Handschreiben des Kaisers, in welchem seiner Verdienste um die Erhaltung guter Beziehungen der Bucharen zu Rußland gedacht wird. Der Emir wird in dem Handschreiben mit „Durchlaucht" angeredet, wodurch die Frage wegen der Titulation desselben erledigt ist. — Der Kaiser und die Kaiserin empfingen gestern den Emir mit seinem Sohne und Gefolge und nahmen die Geschenke entgegen, welche der Emir orientalischer Sitte gemäß den Majestäten dargebracht hat.

Provinzialnachrichten.

Konitz, 16. Januar. (Gewerbeausstellung). Die Allgemeine Handwerker-Innung wählte in ihrer gestrigen Versammlung die Herren Fleischermeister Hoffmann zum Vorsitzenden, Bäckermeister Dittmann als dessen Stellvertreter, Uhrmacher Baltzer zum Schriftführer und Schneidermeister Lukowicz zum Rendanten wieder. Sodann wurde der Wunsch rege, in diesem Jahre hier eine Gewerbeausstellung ins Leben zu rufen; zur näheren Besprechung werden von jeder Sektion der Innung zwei Mitglieder gewählt werden, die dann mit den oberen Behörden zur Ausführung des Unternehmens in Verbindung treten werden. Auch Herr Landrath Dr. Kautz hat sich erboten, hierzu hilfreiche Hand zu bieten.

Dirschau, 17. Januar. (Einem Raubmord) ist am Sonntag, den 15. ds. und zwar am hellen Tage auf dem Wege von Kunzendorf nach Bahnhof Simonsdorf der Arbeiter Nikodem zum Opfer gefallen. Die sofort eingeleitete Untersuchung ließ darauf schließen, daß zwei Arbeiter und eine weibliche Person gemeinsam die That verübt haben. Der Staatsanwalt aus Elbing weilte gestern am Thatorte. Nikodem ist durch zwei wohlgezielte Revolverschüsse in die Brust niedergestreckt worden. Geraubt sind dem Ermordeten 14,50 Mark baares Geld. Durch telegraphische Nachricht der königl. Staatsanwaltschaft zu Elbing wurden als dringend verdächtig die Arbeiter Wilhelm und August Schwarz in Dirschau bezeichnet. Als sich zwei Polizeibeamte heute Vormittag in deren hiesige Wohnung begaben, fanden dieselben dortselbst einen geladenen sechsläufigen Revolver und mehrere Patronen, sowie ein Zehnmarkstück vor. Die beiden muthmaßlichen Thäter, welche 25 bezw. 19 Jahre alt sind, wurden daraufhin sofort verhaftet.

Gumbinnen, 17. Januar. (Zwiespalt). Nach der „Preuß. Litt. Ztg." hat auch der Regierungspräsident Steinmann zu Gumbinnen seinen Austritt aus dem Ausschuß des ostpreußischen konservativen Vereins angemeldet und die Organisation eines eigenen konservativen Vereins für den Regierungsbezirk Gumbinnen in die Wege geleitet.

Memel, 16. Januar. (Aus Versehen vergiftet). Die seit Oktober v. J. sich hier besuchsweise aufhaltende Schiffsbefrachterfrau Margarete Buhrmann aus Reval verstarb am 16. ds. infolge Vergiftung durch Sublimat, das sie aus Versehen zu sich genommen hatte.

Bromberg, 17. Januar. (Sanitätskolonne). Der hiesige Landwehrverein hat beschlossen, eine Sanitätskolonne zu bilden.

o **Posen**, 18. Jan. (Ansiedelungskommission. Päpstliche Ernennung). Die Ansiedelungskommission für Westpreußen und Posen hielt heute hier eine Sitzung ab. An derselben nahmen mehrere Direktoren und Räthe vom Landwirthschafts- und Finanzministerium sowie der Oberpräsident v. Goßler aus Danzig theil. — Der Papst ernannte den Rittergutsbesitzer v. Stablewski auf Ceradz zum Kammerherrn.

Lokalnachrichten.

Thorn, 19. Januar 1893.

— (Kirchliches). Am Dienstag hielt Herr Konsistorialrath Koch-Danzig mit Vertretern der hiesigen drei evangelischen Gemeinden einen Termin. Es handelte sich hierbei um Veränderung der bisherigen Parochialgrenzen. Während die Seelenzahl der altstädtischen evangelischen Gemeinde nach Abtrennung der ihr früher zugeschlagenen ländlichen Ortschaften nur 4000 beträgt die der Georgen-Gemeinde, welche sämmtliche Vorstädte Thorns und Schönwalde umfaßt 9000. Es besteht daher der Plan, die St. Georgen-Gemeinde zu theilen. Die Bromberger Vorstadt und Fischerei soll der altstädtischen, die Jakobsvorstadt der neustädtischen Gemeinde zugeschlagen werden.

— (Handelskammer). Sitzung am 18. Januar. Der Vorsitzende, Herr Kaufmann Schwartz jun. eröffnet die Sitzung, indem er Herrn Stadtrath Fehlauer zum Referat ersucht. Von der Petition der Handelskammern von Frankfurt a. M. und Leipzig gegen die Brausteuer wird Kenntniß genommen. — Der Vorsitzende bringt ein Schreiben vom königl. Hauptzollamt zur Verlesung betr. den Import spanischer Weine, wonach die vorher nicht gestattete Zusammenlagerung von Weinsorten, die mit 20 Mk. Zoll belastet werden, mit den zu 24 Mk. verzollten Weinen nunmehr unter der Bedingung statthaft ist, daß die Zolldifferenz bis zur Erledigung der Sendung deponirt wird. — Herr Fehlauer berichtet weiter über einige für weitere Kreise unwesentliche Beschlüsse des Bundesraths und dann über Einrichtungen von Postanstalten im deutschen Schutzgebiet. Die Postanstalt Kamerun hat im Jahre 1891 24 000 Briefe, 420 Postanweisungen und 645 Packete expedirt, bei der Postanstalt Viktoria liefen etwa halb so viel Sendungen ein und aus. — Herrr Rosenfeld referirt über die Petition der Handelskammer zu Frankfurt a. M. gegen Erhöhung der Börsensteuer. Die betreffende Handelskammer weist in der Eingabe nach, daß die Börsengeschäfte seit Einführung der Steuer bedeutend zurückgegangen seien und der Besuch an der Börse sich vermindert habe. Die Geschäfte hätten sich nach dem Ausland verzogen. Durch die Erhöhung würden hauptsächlich nur die kleinen Leute belastet. Die Erhöhung steigert sich bei Abmachungen bis auf 400 pCt. (19 000 Mk. haben bisher 1 Mk. gekostet, nach Einführung der Erhöhung kosten sie 4 Mk.) Referent giebt zu, daß wohl die Frankfurter Interessenten durch die Erhöhung Verluste erleiden mögen, bittet aber, zur Tagesordnung überzugehen und sich der Petition nicht anzuschließen. Vorsitzende: die Handelskammer zu Frankfurt stelle sich nicht auf den Standpunkt, als werde durch die Erhöhung nicht die Spekulation, sondern das solide Geschäft, besonders das Arbitragegeschäft, betroffen. Herr Stadtrath Kittler bemerkt, daß die Aeltesten der Kaufmannschaft einer Anzahl deutscher Städte der Handelskammer zu Thorn eine Petition zur Kenntnißnahme übersandt haben, die sich ebenfalls gegen die Erhöhung der Börsensteuer richtet, da das solide Geschäft durch dieselbe doppelt belastet und das Anlage suchende Kapital nach dem Auslande gedrängt werde. Da die fragliche Petition vorläufig nur zur Kenntnißnahme übergeben wurde, kann die Handelskammer einen Beschluß hinsichtlich der Anschließung nicht fassen. — Herr Rosenfeld referirt weiter über die Verhandlungen der Handelskammer zu Magdeburg und über eine Eingabe der Handelskammer Pforzheim an den deutschen Handelstag, wonach die Regierung ersucht werden soll, eine Art Handelsbeirath behufs Abgabe seines fachmännischen Gutachtens der Regierung gegenüber, einzusetzen. Referent ist der Ansicht, diesen Antrag bei der Regierung zu unterstützen, da die Regierung in allen Handelssachen doch nicht fachmännisch unterrichtet sein könne. Der Vorsitzende meint, es solle die Regierung ersucht werden, in zweifelhaften Fällen doch das Gutachten der Handelskammern einzuholen. Dadurch würde schon die Kammer zum berufenen Beirath gemacht. Man solle also den Antrag der Pforzheimer Handelskammer nicht unterstützen, wohl aber sich einem Ersuchen an die Regierung in dem erwähnten Sinne anzuschließen. Die Versammlung stimmt dem bei. — Herr Rosenfeld referirt über den Deutsch-Levante-Vertrag, der mit einer einzigen Hamburger Rhederlinie

abgeschlossen sei, infolgedessen die Bahnverwaltung alle nach der Levante bestimmten Transportstücke derselben zuweise. Alle anderen Linien und Exporteure sind ausgeschlossen. Die Leipziger Interessenten ersuchen die Handelskammer um Unterstützung einer Petition um Aufhebung dieses Vertrages. Die Versammlung ist jedoch der Ansicht, daß im Interesse des allgemeinen Verkehrs und in Rücksicht, daß es vorläufig nur eine Levantelinie ab Hamburg giebt, mit der also die Bahnverwaltung ihren Abschluß treffen mußte, die Angelegenheit nicht zu befürworten, und beschließt demgemäß. — Der Vorsitzende theilt auf eine Frage des Herrn Rosenfeld, ob es sich nicht empfehle, wegen Erleichterung des deutsch-russischen Grenzverkehrs vorstellig zu werden, mit, daß er unlängst mit dem Herrn Regierungspräsidenten von Horn gesprochen und dieser ihm eröffnet habe, daß auf die früheren Anträge der Kammer betreffs Aufhebung der Grenzsperre bald eine günstige Entscheidung zu erwarten sei. — Herr Dietrich berichtet über die mit dem kaiserl. Oberpostdirektor genommene Rücksprache wegen Anschluß des Bahnhofes Mocker an die städtische Fernsprechanlage. Die Erwirkung dieses Anschlusses werde ohne besondere Befürwortung wahrscheinlich nicht erfolgen, es wäre jedoch möglich, daß seitens der königl. Kommandantur, für welche Mocker infolge der Proviantmagazine Bedeutung habe, ebenfalls den Anschluß erwünscht würde. Es wird beschlossen, in dieser Richtung weitere geeignete Schritte zu thun. — Der Vorsitzende verliest ein Schreiben der Handelskammer zu Insterburg, welche beabsichtigt hatte, bei dem Reichsbank-Direktorium die Lombardirung von Oelkuchen und Kleie zu beantragen und die hiesige Handelskammer gefragt, wie sie sich zu diesem Antrage stelle. Seitens der hiesigen Handelskammer sind Bedenken erhoben worden, weil die erwähnten Produkte dem Verderben ausgesetzt seien. Die Handelskammer zu Insterburg hat daraufhin beschlossen, von dem Antrage Abstand zu nehmen. — Auf die Bestrebungen der Handelskammer um Erbauung einer Eisenbahn Leibitsch-Thorn für Rechnung des Staates, ist eine Verfügung des Herrn Oberpräsidenten, Excellenz von Goßler eingegangen, in welcher es heißt, daß die Staatsregierung diesem Bau schon mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staats sowie zahlreicher noch nicht befriedigter dringender Verkehrsbedürfnisse anderer Landestheile zur Zeit nicht näher treten könne. Es werde der Handelskammer jedoch der Bau einer Kleinbahn anheimgestellt. Die Kammer beschließt, wegen des Baues mit einem Konsortium in Verbindung zu treten. -- Hierauf folgt geheime Sitzung.

— (Nationalliberale Regungen.) Am vorigen Sonntag Nachmittag fanden sich im hiesigen Rathskeller acht Herren, darunter der bekannte nationalliberale und agitatorisch thätige Rechtsanwalt Wagner aus Graudenz ein, um, nach einem Bericht der „Thorner Zeitung", sich zu dem Zweck zu vereinigen, in Stadt und namentlich im Landkreise Thorn für die nationalliberale Sache Propaganda zu machen und Anhänger zu gewinnen. Wir hatten nicht die Absicht, den Entwickelungsprozeß des Unternehmens zu stören, weil wir für die konservative Partei nichts fürchten und von der Ansicht ausgehen, daß es für unsere Parteiverhältnisse nur von Vortheil sein kann, wenn über den politischen Standpunkt gewisser Persönlichkeiten, die man bisher von einer Seite den Konservativen, von anderer den Freisinnigen mit Unrecht zurechnete, und die daher in beiden Parteilagern rücksichtsvoll aufgenommen wurden, möglichst Klarheit geschaffen wird. Dann erhofften wir durch diese Neubildung eine wenn auch nur geringe Abbröckelung von dem Bestande der freisinnigen Partei, was uns immer sehr erwünscht ist. Unsere Absicht ist durch die Stellungnahme der freisinnigen „Danziger Zeitung" und des mittelparteilichen „Bromberger Tageblatts" leider vereitelt worden und nothgedrungen müssen wir uns mit dieser politischen Neubildung jetzt beschäftigen. Zunächst sei der Standpunkt der „Danz. Ztg.", wie er in einer Korrespondenz aus Thorn vom gestrigen Tage zum Ausdruck gelangt, hier wiedergegeben. Danach hält das genannte Blatt es für ein „erfreuliches Zeichen", daß sich Männer in unserer Stadt zusammengefunden haben, die für eine Partei eintreten wollen, „die früher groß war, später aber an die Wand gedrückt wurde, daß sie quieschte." (Schlimm genug, daß sie sich an die Wand drücken ließ.) Das Blatt freut sich, daß diese nationalliberalen Männer Anschluß an die Freisinnigen suchen und meint, daß das ihnen gelingen wird, da sie eintreten wollen „gegen die Agrarier und Antisemiten". Wir bezweifeln durchaus nicht, daß der Anschluß dem Freisinn ganz genehm wäre, aber wir meinen, den konnten die Herren schon früher ohne Parteibildung haben, darauf scheint es ihnen aber gar nicht anzukommen. Die Erklärung des Herrn Rechtsanwalts Wagner am Sonntag, zu der freisinnigen Partei in ein freundschaftliches Verhältniß zu treten, scheint uns nur zur Beschwichtigung solcher freisinnigen Gemüther dienen zu sollen, die angesichts der Neubildung um den Besitzstand ihrer Partei bangen. Jede neue Parteibildung muß nach Selbstständigkeit trachten und die wünschen wohl auch die sich am Sonntag im Rathskeller zusammengefundenen acht Herren; sie wollen nicht mehr dieser oder jenen Partei, der sie innerlich nicht angehören, zugezählt werden und müssen folgerichtig, um politische Bedeutung zu erlangen, einen eigenen Kreis von Anhängern zu gewinnen suchen auf Kosten anderer Parteien. Wie schon bemerkt, fürchten wir von dieser Neubildung für unsere starke, in sich gefestigte konservative Partei nichts, weder in Stadt noch in Land. Diejenigen staatsbürgerlichen Elemente, die sich ihr angeschlossen haben, waren von jeher, bewußt oder unbewußt, treue Anhänger der konservativen Fahne und werden es auch in Zukunft bleiben. Dem „Bromberger Tageblatt", von dem wir bei seinen mittelparteilichen Anwandlungen erwarteten, daß ihm die neue Parteibildung ganz nach Geschmack wäre, mißfällt dieselbe. Es verfällt in denselben Irrthum, wie der Thorner Korrespondent der „Danziger Zeitung" und glaubt an eine Rütlipolitik der acht nationalliberalen Herren; meint aber, daß es auf der Hand liegt, „daß die nationalliberale Dame mit ihren Rütligelüsten zum freisinnigen Brüderchen natürlich den Kürzeren ziehen muß. Denn bei den Freisinnigen heißt es: „Wer mit uns gehen will, muß in unserem Lager kämpfen. Mit einer blos platonischen Freundschaft begnügen wir uns nicht." Wo wird dabei die nationalliberale „Selbstständigkeit" bleiben? — Was die Konservativen aller Gruppen betrifft, so wissen sie längst, daß die Nationalliberalen unsichere Kantonisten sind, welche zwischen rechts und links hin- und herschwanken, daß ihre Taktik lautet: Heute so, morgen so! Aber es wird dort nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht ist. Auch bei den Nationalliberalen giebt es eine starke Richtung, welche die Einsicht hat, daß es besser ist, an der Seite der Konservativen zu bleiben, anstatt unpraktische Rütlipolitik zu treiben." Der Versuch, in Thorn nationalliberale Politik zu treiben, wird ja, wie schon früher einmal, vor etwa 18 Jahren, kläglich scheitern und die Herren, die ihn unternehmen, werden gar nicht in die Lage kommen, Rütlipolitik treiben zu können, wie das „Bromberger Tageblatt" befürchtet. Sein Mißlingen wird jedoch auch hier die Parteiverhältnisse dauernd klären, indem es jeden Schwachmüthigen zwingen wird, entweder nach rechts oder nach links festen Anschluß zu suchen.

— (Artusgesellschaft). Der zweite wissenschaftliche Vortrag der Urania-Gesellschaft zu Berlin im großen Artushofsaale fand eine ungleich günstigere Aufnahme als der erste. In einer anziehenden und einer mit liebenswürdigem Humor gemischten Weise sprach der Vorsteher der physikalischen Abtheilung genannter Gesellschaft, Herr Spieß, über „Die Gesetze des Schalles und der Tonwelten", beschränkte sich jedoch nicht nur auf rein akustische Versuche, sondern wies seine Behauptungen in sehr anschaulicher Weise auch auf optischem Wege und mit Hilfe des Elektromagnetismus nach. Er gab eine kurze Erläuterung über das Wesen des Schalles und seine Erscheinungen und zeigte die Schwingungen der Töne vermittels einer sehr empfindlichen Flamme. Die Wellenbewegung des Schalles, die bekanntlich in aufeinander folgenden Luftverdichtungen und -Verdünnungen besteht, wurde in der Weise veranschaulicht, daß durch den optischen Apparat eine schwingende Saite reflektirt wurde. Das Zerbrechen der Glastafel bei dieser Gelegenheit war wohl nur ein kleiner Coup, der aber wenig in einen akustischen Vortrag paßt; dem Klange nach fiel das Glas nur, zerbrach aber nicht. Im Gegensatz zu den fortschreitenden Wellenbewegungen im freien Raume zeigte der Vortragende die stehende Wellenbewegung in einer Glasröhre. Die Luftsäule der letzteren wurde durch eine Flamme zum Tönen gebracht und darin erhalten. Die Schwingungen der Stimmgabel wies der Redner ebenfalls vermittels des optischen Apparates nach. — Von ganz besonderem Interesse waren die Experimente auf elektromagnetischem Gebiete, die den Zweck hatten, die Uebertragung von Tönen auf elektrischem Wege vorzuführen. Herr Spieß ließ in einem entfernt liegenden Raum ein Pistonsolo blasen, das vermittels des Microphons im Saale deutlich zur Wiedergabe kam. Auch die Experimente mit dem Edison-Phonographen glückten zum Theil recht gut. Es ist ja noch nicht gelungen, dieses Instrument dermaßen zu vervollkommnen, daß es alle aufgenommenen Töne und Laute in der gleichen Stärke und Klangfarbe wieder zu geben vermag, immerhin sind die Leistungen, besonders hinsichtlich der Wiedergabe von Musikstücken, für die der Apparat besonders empfänglich ist, staunenswerthe. Der reproduzirte Kavalleriemarsch war wirklich eine angenehme Täuschung; man konnte glauben, drunten auf der Straße ziehe ein blasendes Trompeterkorps vorüber. Den Vortragenden lohnte reicher Beifall. — Zum Schluß möchte noch auf einen Uebelstand hingewiesen sein, der gerade gestern Abend bei einem Vortrage, wo Auge und Ohr des Besuchers gleicherweise stark in Anspruch genommen war, hervortrat: es ist in einem solchen Falle einfach eine Rücksichtslosigkeit von Seiten der Damen, wenn sie ihre Hüte nicht abnehmen. In einem Saale, dessen Fußboden nicht amphitheatralisch aufsteigt, können diejenigen, die hinter eine solche Minervakrone unglücklicherweise zu sitzen kommen, einfach nichts sehen.

— (Märkte-Aufhebung). Der Provinzialrath der Provinz Westpreußen hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober v. J. auf Grund des § 127 Abs. 1 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 beschlossen, vom Jahre 1893 ab die bisher in Barbarken abgehaltenen Krammärkte aufzuheben.

— (Patente) sind angemeldet worden von den Herren Franz Karwiese und Julius Frase in Thorn auf eine ausziehbare Gardinenstange.

— (Die Rathhausthurmuhr) ist um 1 Uhr 10 Minuten mittags eingefroren und geht deshalb nicht.

— (Strafkammer). In der gestrigen Sitzung führte Herr Landgerichtsdirektor Wünsche den Vorsitz, als Beisitzer fungirten die Herren Landgerichtsräthe Moser, Kah, Schultz II und Gerichtsassessor Michalowski. Die Staatsanwaltschaft vertrat Herr Staatsanwalt Meyer. — Verurtheilt wurden der Bauunternehmer Eduard Wilhelm Czernewitz aus Podgorz, z. Z. in Haft, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahre Gefängniß, der Seilergeselle Johann Zaworski von hier wegen vorsätzlicher Körperverletzung zu 4 Monaten Gefängniß, der Bureaugehilfe Robert Tapper von hier wegen eines gleichen Vergehens zu 3 Monaten Gefängniß, die Kutscherfrau Anna Wisniewska geb. Paradziejki aus Stablewitz wegen gleichen Vergehens zu 1 Woche Gefängniß, die verwittwete Gärtnerfrau Wilhelmine Krüger geb. Strehlau aus Basien Ostpr. wegen gleichen Vergehens zu 2 Monaten Gefängniß, der Einwohner Theophil Klanczewski aus Thorn. Papau, z. Z. in Haft, wegen schweren Diebstahls zu 3 Jahren Zuchthaus 3jährigem Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, der Maler Friedrich Stenzel aus Mocker wegen strafbaren Eigennutzes und Bedrohung mit der Begehung eines Verbrechens in zwei Fällen zu 25 Mk. Geldstrafe event. 5 Tagen Gefängniß. Der Arbeiter Franz Zielinski aus Osieczek wurde von der Anklage der vorsätzlichen Körperverletzung freigesprochen.

— (Die Maul- und Klauenseuche) ist unter dem Rindvieh des Besitzers Albert Schmidt in Stewken, Kreises Thorn, ausgebrochen. — Erloschen ist die Seuche unter den Viehbeständen des Besitzers Michael Asphal in Bielsk, des Gutes Lipienitza, des Besitzers Neumann in Wimsdorf, der Besitzer Wrzesinski, Maciejewski, Borowski und der Lehrerwittwe Ernest in Lipnitza, des Käthners Johann Kuschinski in Za-Radowisk, des Gutsbesitzers Martens in Neu-Schönsee, des Ackerbürgers Buntkowski in Gollub, im Kreise Briesen.

— (Polizeibericht). In polizeilichen Gewahrsam wurden 6 Personen genommen.

— (Gefunden) wurde ein Kriegervereinsabzeichen in der Breitenstraße, ein gelbmetallener Ring mit Stein, ein Schlüssel im Bromberger Thor und eine Brille in einem Lokale. Näheres im Polizeisekretariat.

— (Von der Weichsel). Der heutige Wasserstand betrug mittags am Windepegel der königl. Wasserbauverwaltung 1,18 Meter über Null.

Mannigfaltiges.

(Zur Bergarbeiterbewegung.) Aus Saarbrücken wird gemeldet, der Ausstand ist als beendet anzusehen, auf sämmtlichen Gruben ist die um die Abgelegten verminderte Belegschaft vollzählig angefahren. Die vorgestern noch ausständigen 200 Püttlinger, welche gestern zur Anfahrt erschienen, sind bis zum 1. Februar zurückgewiesen. Eine für Dienstag nach Bildstock einberufene Versammlung unterblieb wegen Mangels an Theilnehmern. — In Essen sind nach amtlichen Ermittelungen noch 7654 Mann ausständig. — Eine Deputation der Bergleute aus dem Saarkohlengebiet ist dem „Vorwärts" zufolge in Berlin eingetroffen. Sie besteht aus dem schon gelegentlich der 1889er Bewegung abgelegten Bergarbeitern Schillo und Thomäe. Die Genannten waren gestern im Reichstage, wo sie mehrere Abgeordnete sprachen. Die Deputation will den Versuch machen, bei dem Handelsminister eine Audienz zu erhalten.

(Verhaftung.) Der Kaufmann Bläßig aus Altenburg, Inhaber einer bedeutenden Firma, wurde der Wechselfälschung verdächtig verhaftet.

(Zugentgleisung.) Aus Hildesheim wird gemeldet: Auf dem Northeimer Bahnhof ist der von Göttingen kommende Schnellzug gestern Morgen um 4 Uhr auf einen Güterzug aufgefahren. Ein Passagier fand dabei seinen Tod, 3 wurden verwundet. — Aus Königshausen wird gemeldet: Der gestern Mittwoch Morgen 9 Uhr von Berlin nach Görlitz abgegangene Personenzug ist um 9 Uhr 36 Minuten entgleist. Weitere Nachrichten fehlen noch.

(Eisenbahnbrand.) Auf der Slatoust-Samarschen Eisenbahnlinie ist ein in voller Fahrt befindlicher Eisenbahnzug in Brand gerathen. Achtundvierzig Rekruten sind dabei umgekommen, sieben erlitten Brandwunden. Einer der Verletzten ist an der Verwundung gestorben.

Telegramme.

Berlin, 19. Januar. In der gestrigen Sitzung der Militärkommission erklärte der Abg. Lieber, daß das Centrum auf seinem ursprünglichen Standpunkt verharre und nichts weiter bewilligen werde als es bereits zugestanden habe. Hierauf erwiderte Graf Caprivi, daß er dies nicht acceptiren könne. Abg von Hammerstein (kons.) erklärt, er sei durch den Reichskanzler überzeugt worden, daß Deutschland nicht stark genug und die Vorlage berechtigt sei. Redner spricht sich gegen die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit aus. Sodann konstatirte der freis. Abg. Hinze, daß es überhaupt unmöglich sei, soviel Rekruten als verlangt werden einzustellen. Die Freisinnigen wollten kein Konflikt, welcher bei dem Festhalten der Regierung an ihren Forderungen unabwendbar sei. — Die Berathung wurde abends um 11 Uhr vertagt.

Halle, 18. Januar, 1 Uhr 20 Min. nachm. Bei weiteren 7 Todesfällen in der Irrenanstalt Nietleben wurde asiatische Cholera festgestellt. Es sind 23 Neuerkraukungen vorgekommen.

Halle, 19. Januar, 1. Uhr 37 Min. nachm. Es ist amtlich konstatirt worden, daß die in der Provinzialirrenanstalt Nietleben vorgekommenen Todesfälle Cholera asiatica sind.

Petersburg, 19. Januar. Furchtbare Kälte herrscht in mehreren Gouvernements. Meldungen über erfrorene Personen treffen täglich in großer Zahl hier ein. Die Noth unter der Bevölkerung nimmt immer größeren Umfang an.

Verantwortlich für die Redaktion: Paul Dombrowski in Thorn.

Telegraphischer Berliner Börsenbericht.

	19. Jan.	18. Jan.
Tendenz der Fondsbörse: abgeschwächt.		
Russische Banknoten p. Kassa	209—60	207—70
Wechsel auf Warschau kurz	209—10	207—50
Deutsche Reichsanleihe 3½ %	100—20	100—20
Preußische 4 % Konsols	107—20	107—20
Polnische Pfandbriefe 5 %	66—70	66—20
Polnische Liquidationspfandbriefe	64—30	63—60
Westpreußische Pfandbriefe 3½ %	97—20	97—20
Diskonto Kommandit Antheile	186—50	186—50
Oesterreichische Kreditaktien	174—60	175—50
Oesterreichische Banknoten	168—75	168—75
Weizen gelber: April-Mai	158—75	159—
Mai-Juni	160—25	160—50
loko in Newyork	81—¼	82—½
Roggen: loko	136—	136—
Januar	138—	138—
April-Mai	140—	140—
Mai-Juni	141—	140—75
Rüböl: Januar	49—70	49—
April-Mai	49—70	49—60
Spiritus:		
50er loko	52—10	52—
70er loko	32—60	32—60
70er Jan.-Febr.	31—70	31—70
70er April-Mai	32—80	32—80

Diskont 3 pCt., Lombardzinsfuß 3½ pCt. resp. 4 pCt.

Königsberg, 18. Januar. Spiritusbericht. Pro 10 000 Liter pCt. ohne Faß fester. Zufuhr 10 000 Lt. Loko kontingentirt 50,50 Mk. Gd., nicht kontingentirt 31,00 Mk. Gd.

Getreidebericht der Thorner Handelskammer für Kreis Thorn.
Thorn den 19. Januar 1892.

Wetter: leichter Frost.
(Alles pro 1000 Kilo ab Bahn verzollt.)
Weizen matter, 130 Pfd. bunt 140 M., 132 Pfd. hell 143 M., 135 136 Pfd. hell 145—146 M.
Roggen niedriger, 121—122 Pfd. 119 M., 125—126 Pfd. 121 bis 122 M.
Gerste weniger beachtet, Brauwaare 130—135 M., feinste Sorten theurer.
Erbsen Futterwaare 115—117 M., Mittelwaare 120—121 M.
Hafer inländischer 130—133 M.

Freitag am 20. Januar.
Sonnenaufgang: 8 Uhr 01 Minuten.
Sonnenuntergang: 4 Uhr 23 Minuten.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag 20. Januar.
Evangelisch-lutherische Kirche:
Abends 6½ Uhr: Herr Superintendent Rehm.

Folgende

Bekanntmachung.

Die im Amtsblatt Nr. 37 der Königlichen Regierung zu Marienwerder veröffentlichte Verfügung vom 7. September 1892, welche lautet:

„Auf Grund des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 / 10. April 1892 habe ich für den Regierungsbezirk Marienwerder den ortsüblichen Tagelohn gewöhnlicher Tagearbeiter nach Anhörung der Kreis- und Gemeindebehörden wie folgt festgesetzt:

Ort	Für erwachsene (über 16 Jahre) männliche Arbeiter	Für erwachsene (über 16 Jahre) weibliche Arbeiter	Für jugendliche (unter 16 Jahren) männliche Arbeiter	Für jugendliche (unter 16 Jahren) weibliche Arbeiter
Stadt Thorn	1,50 Mk.	0,90 Mk.	0,60 Mk.	0,60 Mk.

Die vorstehend aufgeführten neuen Sätze müssen vom 1. Januar 1893 ab angewendet werden und bilden von diesem Zeitpunkte ab den Maßstab nach welchem bei der Gemeinde-Krankenversicherung (§ 4) das Krankengeld (§ 6) und die Versicherungsbeiträge (§ 9) und bei den eingeschriebenen und sonstigen Hülfskassen ohne Beitrittszwang (§ 75), wenn deren Mitglieder von der Gemeinde-Krankenversicherung und von der Verpflichtung einer nach Maßgabe der Vorschriften des Gesetzes errichteten Krankenkasse mit Ausnahme der Knappschaftskassen beizutreten, befreit sein sollen, das Krankengeld den in den betreffenden Gemeinden beschäftigten Personen.

zu gewähren ist."

wird hiermit nochmals zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Thorn im Januar 1893.

Der Magistrat.

Bekanntmachung,

betreffend die gewerbliche **Fortbildungsschule** zu Thorn.

Die **Gewerbeunternehmer,** welche **schulpflichtige Arbeiter beschäftigen,** weisen wir hiermit nochmals auf ihre **gesetzliche Verpflichtung** hin, diese Arbeiter zum Schulbesuch in der hiesigen Fortbildungsschule anzumelden und anzuhalten bezw. von demselben abzumelden, wie solche in den §§ 6 und 7 des Ortsstatuts vom 27. Oktober 1891 wie folgt festgesetzt ist:

§ 6.

Die Gewerbeunternehmer haben jeden von ihnen beschäftigten, noch nicht 18 Jahre alten gewerblichen Arbeiter spätestens am 14ten Tage, nachdem sie ihn angenommen haben, zum Eintritt in die Fortbildungsschule bei der Ortsbehörde anzumelden und spätestens am 3ten Tage, nachdem sie ihn aus der Arbeit entlassen haben, bei der Ortsbehörde wieder abzumelden. Sie haben die zum Besuche der Fortbildungsschule Verpflichteten so zeitig von der Arbeit zu entlassen, daß sie rechtzeitig und, soweit erforderlich, gereinigt und umgekleidet im Unterricht erscheinen können.

§ 7.

Die Gewerbeunternehmer haben einem von ihnen beschäftigten gewerblichen Arbeiter, der durch Krankheit am Besuche des Unterrichts gehindert gewesen ist, bei dem nächsten Besuche der Fortbildungsschule hierüber eine Bescheinigung mitzugeben.

Wenn sie wünschen, daß ein gewerblicher Arbeiter aus dringenden Gründen vom Besuche des Unterrichts für einzelne Stunden oder für längere Zeit vom Unterricht entbunden werde, so haben sie dies bei dem Leiter der Schule so zeitig zu beantragen, daß dieser nöthigenfalles die Entscheidung des Schulvorstandes einholen kann.

Arbeitgeber, welche diese An- und Abmeldungen überhaupt nicht oder **nicht** rechtzeitig **machen,** oder die von ihnen beschäftigten schulpflichtigen Lehrlinge, Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter ohne Erlaubniß aus irgend einem Grunde veranlassen, den Unterricht in der Fortbildungsschule ganz oder theilweise zu versäumen, werden nach dem Ortsstatut mit **Geldstrafe bis zu 20 Mark** oder im Unvermögensfalle **mit Haft bis zu drei Tagen bestraft.**

Wir machen hierdurch darauf aufmerksam, daß wir die in der angegebenen Richtung **säumigen Arbeitgeber unnachsichtlich zur Bestrafung heranziehen werden.**

Die Anmeldung bezw. Abmeldung der schulpflichtigen Arbeiter hat bei Herrn Rektor **Spill** im Geschäftszimmer der Knaben-Mittelschule in der Zeit zwischen 7 und 8 Uhr abends zu erfolgen.

Thorn den 14. Januar 1893.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur Verpachtung der Chausseegelderhebung auf den der Stadt Thorn gehörigen vier Chausseestrecken, nämlich der sogenannten

Bromberger-, Culmer-, Lissomitzer- und Leibitscher- Chaussee

auf 3 Jahre, nämlich auf die Zeit vom 1. April 1893 bis 1. April 1896, **eventuell auch auf 1 Jahr,** haben wir einen Licitationstermin auf

Sonnabend den 4. Februar d. Js. vormittags 11 Uhr

im Amtszimmer des Herrn Stadtkämmerers — Rathhaus 1 Treppe — anberaumt, zu welchem Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen, von welchen gegen Copialien Abschriften ertheilt werden, liegen in unserem Bureau I zur Einsicht aus.

Jede Chaussee wird besonders ausgeboten.

Die Bietungskaution beträgt:

für die Bromberger-Chaussee	600	Mk.
" " Culmer- "	600	"
" " Lissomitzer- "	600	"
" " Leibitscher- "	1000	"

Thorn den 13. Januar 1893.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die **Chausseegeldhebestelle Triesenhof** diesseitigen Kreises soll vom 1. April d. J. ab auf einen Zeitraum von einem Jahre anderweitig meistbietend verpachtet werden.

Hierzu habe ich einen Termin auf

Freitag den 3. Februar d. J. vormittags 11 Uhr

im meinem Amtszimmer hierselbst anberaumt, zu welchem Pachtlustige hiermit eingeladen werden.

Zur Erlangung dieser Hebestelle ist die Hinterlegung einer Kaution in Höhe des fünften Theiles der jährlichen Pacht erforderlich und behält sich der Kreisausschuß das Recht vor, einem Pachtlustigen unter den drei meistbietenden Personen den Zuschlag zu ertheilen. Bis zur definitiven Entscheidung sind die drei Meistbietenden an ihre abgegebenen Gebote gebunden und haften bis dahin mit der im Termin einzuzahlenden Kaution.

Der zeitige Inhaber der gedachten Hebestelle zahlt eine jährliche Pacht von 940 Mark.

Die allgemeinen und sonstigen Bedingungen, unter welchen die Hebestelle vergeben werden soll, sind entweder während der Dienststunden in meinem Geschäftszimmer einzusehen oder in Abschrift gegen Nachnahme von 1 Mark von mir zu erbitten.

Briesen den 6. Januar 1893.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses. Landrath.

gez. **Petersen.**

Dem Gendarm Herrn **Buschenfeld** aus Steinau, Kreis Thorn, welcher mir zur Wiedererlangung meiner gestohlenen Sachen im Werthe von 400 Mark verholfen hat, spreche meinen innigsten Dank aus.

Th. Papau den 18. Januar 1893.

Hubert Wroński.

Zur Feier des Geburtstages

Seiner Majestät unseres allergnädigsten Kaisers und Königs Wilhelm II.

findet

am 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr

ein

Festessen im Artushof

statt.

Preis des Gedeckes 3,50 Mark.

Zu recht zahlreicher Theilnahme ladet das unterzeichnete Komitee ergebenst ein. Die Liste zur Einzeichnung liegt bis zum **24. d. Mts. abends** bei Herrn **Meyling** im **Artushofe** aus.

Thorn den 15. Januar 1893.

Boethke, Professor und Stadtverordneten-Vorsteher. **Dobberstein,** Postdirektor. **Dous,** Telegraphendirektor. **Frost,** Dekan. **Gnade,** Bankdirektor. **Guntemeyer,** Kreisdeputirter. **v. Hagen,** Generalmajor und Kommandant. **Hausleutner,** Landgerichtspräsident. **Dr. Hayduck,** Gymnasialdirektor. **Koch,** Regierungs- und Baurath. **Dr. Kohli,** Erster Bürgermeister. **Krahmer,** Landrath. **Dr. Lindau,** Sanitätsrath. **Nischelsky,** Erster Staatsanwalt. **Reimann,** Ober-Zollinspektor. **Scheda,** Justizrath. **Vetter,** Superintendent. **Wegner,** Kreisdeputirter.

Landwehr-Verein.

Zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Maj. des Kaisers

und zur Feier des

Stiftungsfestes

des Vereins finden

am Sonnabend dem 21. d. Mts. abends 8 Uhr

im Victoria-Theater

für die Kameraden-Mitglieder und für die vom Vorstande besonders eingeladenen Gäste

Vorträge und Tanz

statt. Die Kameraden legen ihre Orden und Ehrenzeichen, das Bundes- und das Vereinsabzeichen an.

Der Vorstand.

Täglicher Kalender.

1893.	Sonntag	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sonnabend
Januar	—	—	—	—	—	20	21
	22	23	24	25	26	27	28
	29	30	31	—	—	—	—
Februar . . .	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25
	26	27	28	—	—	—	—
März	—	—	—	1	2	3	4
	5	6	7	8	9	10	11
	12	13	14	15	16	17	18
	19	20	21	22	23	24	25

Druck und Verlag von C. Dombrowski in Thorn.